

Eurokrise

Kommt bald die D-Mark zu uns zurück?

Für die einen ist es die Mutter aller Finanzkrisen, für die anderen ohne Alternative: ein Ausstieg Deutschlands aus dem Euro, für den sich eine Mehrheit der Deutschen erwärmt. Ein Zurück zur D-Mark ist zwar teuer, aber machbar.

Von Lisa Nienhaus



D-Mark gegen Euro - was würde die Rückkehr zur eigenen Währung bedeuten?

11. Dezember 2010 Die Mehrheit der Deutschen ist sich einig: Wären wir doch bei der D-Mark geblieben! Laut einer aktuellen Umfrage von Infratest Dimap denken 57 Prozent der Bundesbürger, dass wir den Euro besser nie eingeführt hätten. Und mehr als jeder Dritte hätte am Liebsten sofort die D-Mark zurück.

Es sind nicht mehr nur Nostalgiker, die so denken. Zunehmend mischen sich auch eher kühl kalkulierende Menschen unter die Euroskeptiker: Ökonomen, Manager, Unternehmer. Denn einst ist offensichtlich: Der Euro wird für die Deutschen immer teurer. Mit mehr als 30 Milliarden Euro muss Deutschland mittlerweile für die Schulden von Griechenland und Irland einstehen. Ob die Krisenstaaten ihre Schulden je zurückzahlen, ist fraglich. Und welche Länder noch um Hilfe rufen, ist ebenfalls ungewiss. Bei Spanien oder Italien kann es teuer werden – vielleicht zu teuer für das Überleben des Euro. „Ich gehe davon aus, dass einige Länder aus dem Euro austreten werden“,

sagt die Göttinger Ökonomin Renate Ohr. Und ist damit nicht alleine. Auch Volker Nitsch, Professor an der TU Darmstadt, der zum Auseinanderbrechen von historischen Währungsunionen geforscht hat, sagt: „Die Wahrscheinlichkeit, dass in nächster Zeit ein Land aus dem Euro aus tritt, ist mit Sicherheit größer als Null. Ich würde sie bei 20 Prozent sehen.“

Das bisher Undenkbare denken

Während die Politik höchstens diskutiert, wie viele Rettungspakete wir noch schultern können, sind die Bürger längst weiter. Sie erlauben sich, das bisher Undenkbare zu denken: Die Rückkehr zur Deutschen Mark. Internetforen, die darüber spekulieren und wilde Theorien dazu veröffentlichen, wann es so weit ist, quellen über vor Kommentaren.

Was der Diskussion fehlt, sind Fakten – und ernst zu nehmende Protagonisten. Bisher wagen es nur Außenseiter oder Ausländer, öffentlich über die D-Mark zu spekulieren. Der amerikanische Star-Ökonom Barry Eichengreen etwa äußerte kürzlich, dass Deutschland als eines der wenigen Länder der EU seine alte Währung wieder einführen könnte, ohne im Land eine schwere Finanzkrise auszulösen. Der amerikanische Hedge-Fonds-Manager George Soros rief Deutschland sogar schon im Mai dazu auf, die Währungsunion zu verlassen, wenn es seine Politik nicht ändern wolle. Und der Londoner Ökonom Roger Bootle empfiehlt Deutschland seit dem Sommer, die D-Mark wieder einzuführen.



Zum Thema

Eurobonds: Die Deutschen sollen noch mehr zahlen
 Familienunternehmer warnen vor Eurobonds
 Währungsunion: Mitten in der Krise
 Euro-Krise: Merkel und Sarkozy gemeinsam gegen

In Deutschland sind solche Gedanken noch tabu. Ökonomen und Juristen erschrecken, wenn man sie danach fragt, als hätten sie Angst, mit Äußerungen dem Euro den Todesstoß zu versetzen. Und Politiker sind noch empfindlicher. Als die britische Zeitung „The Guardian“ vorige Woche verbreitete, Angela Merkel habe auf einem EU-Gipfel offen mit dem Austritt aus dem Euro gedroht, war alles vorbei. Der Regierungssprecher reagierte schnell und hart: „Nichts an dieser Geschichte ist wahr.“

Einheitszins

Streit in der EU: Auch
Sarkozy gegen Euro-Anleihe

„Man kann aus völkerrechtlichen Verträgen immer raus“

Es ist höchste Zeit, einmal die Angst aus dem Spiel zu lassen und die Optionen nüchtern durchzurechnen. Was würde es bedeuten, die D-Mark wieder einzuführen?

Zunächst einmal ist da die Frage, ob Deutschland das überhaupt kann. Politiker sagen: „Der Austritt aus dem Euro ist nicht möglich, denn es gibt keinen Vertrag dafür“.

Darüber kann Volker Nitsch, der Kenner historischer Währungsunionen, nur schmunzeln. „Dass es keinen Vertrag für den Austritt gibt, ist kein Problem. Es sind schon genug Verträge gebrochen worden.“ Es bedürfe lediglich einer Erklärung des Parlaments oder des Regierungschefs, um den Euro zu verlassen. Auch Renate Ohr sieht das als unproblematisch an: „Für den Euro gibt es keine Ausstiegsklausel, aber man kann aus völkerrechtlichen Verträgen immer raus.“

Auch die technischen Hürden sind überwindbar. Wer eine neue Währung einführt, braucht eine Notenbank und Druckereien, die die neuen Geldscheine herstellen und Münzen prägen. „Das geht nicht über Nacht“, sagt Nitsch. „Aber es ist auch kein Ding der Unmöglichkeit.“ Denn in Europa gibt es nationale Notenbanken und Druckereien.

Neu bedruckte Euros als Zwischenlösung

Schwieriger ist, dass auch alle Automaten und Kassen wieder auf D-Mark umgestellt werden müssten. Das kann teuer werden. Der Londoner Ökonom Roger Bootle schätzt die Kosten für die rein technische Umstellung auf maximal 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diesen Betrag hat einst das britische Schatzamt errechnet, als es darum ging, was es Großbritannien kosten würde, das Pfund durch den Euro zu ersetzen. Auf Deutschland übertragen, wären das rund 60 Milliarden Euro – eine üppige Summe, die derzeit sogar noch übersteigen würde, was Deutschland an Unterstützung an Irland und Griechenland zugesagt hat. Allerdings kam die britische Schätzung zu einer Zeit auf, da die Politik vom Euro nicht sonderlich begeistert war, weshalb sie womöglich überzogen ist.

Schnell ginge die Umstellung natürlich nicht. Geldnoten müssten entworfen und gedruckt werden. Das geht in nicht in einer Woche, vielleicht in einem halben Jahr, und auf jeden Fall kaum heimlich. Deshalb braucht es eine Zwischenlösung. Renate Ohr stellt sich das so vor: „Man könnte die Euro-Münzen nehmen, etwas anderes drauf drucken und damit bezahlen, bis es eine eigene Währung gibt. Das geht flott.“

Die wirklich wichtige Frage ist jedoch eine andere – und da wird es kompliziert. Es geht darum, welche wirtschaftlichen Folgen es hätte, den Euro zu verlassen. Das ist schwierig zu kalkulieren.

Der Effekt auf den Export

Viel hängt davon ab, wie sich der Wechselkurs entwickelt. Wahrscheinlich würde eine neue D-Mark erst einmal gehörig aufwerten. Extreme Schätzungen gehen davon aus, dass sie in einer Übertreibung sogar für kurze Zeit bis zu 50 Prozent an Wert gewinnen könnte. Das bliebe nicht ohne Effekt auf den Export. Denn die deutschen Waren und Maschinen würden im Ausland deutlich teurer. Wahrscheinlich gäbe es zumindest kurzfristig einen Exportschock. Dazu kommt, dass die Ausfuhr in die Euro-Länder wohl auch langfristig zurückgehen würde. Die Geschichte lehrt: Die Auflösung einer Währungsunion bedeutet immer einen Rückgang der Handelsbeziehung zwischen den einstigen Währungspartnern.

Die Frage ist, ob das so schlimm ist. Denn erstens muss der deutsche Export nicht dauerhaft sinken. Wenn die Währung stark ist, werden nämlich Rohstoffe, die Deutschland vor allem aus dem Ausland bezieht, günstiger. Dadurch können deutsche Produkte günstiger hergestellt und verkauft werden, was die Aufwertung zumindest teilweise ausgleichen dürfte. Renate Ohr sagt: „Wir haben es früher oft erlebt, dass die D-Mark stark war. Das hat die deutsche Wirtschaft immer ausgehalten.“

Zweitens ist Export keinesfalls das einzige Ziel der Wirtschaft. Für den Konsum hätte eine Aufwertung einen positiven Effekt: Konsumgüter aus dem Ausland würden billiger. Dazu kommt, dass die Zinsen in Deutschland dauerhaft niedrig bleiben oder sogar sinken dürften, weil in ein sicheres Land viel Kapital strömt.

Das Vermögen im Ausland könnte an Wert verlieren

Das macht Investitionen günstiger und auch Kredite für Privatleute, die sich dann mehr leisten könnten: ob ein Häuschen oder einen Flachbild-Fernseher. Auch das kann der Wirtschaft einen Schub geben.

Kurzfristig wäre also ein steigender Wechselkurs schlecht für die Wirtschaft, weil es einen Exportschock geben würde. Langfristig ist das keinesfalls sicher.

Richtig teuer wird es an anderer Stelle. Denn die Deutschen haben - häufig, ohne es zu wissen - große Vermögen im Ausland. Im Vertrauen darauf, dass der Euroraum zusammenhält, haben Versicherungen, Banken und Fonds viel im Euro-Ausland investiert. Wertet eine neue deutsche Währung auf, so verlieren diese Auslandsvermögen enorm an Wert. Roger Bootle hat ausgerechnet, dass eine zwanzigprozentige Aufwertung der neuen Währung dazu führen würde, dass deutsche Vermögen im Ausland 158 Milliarden Euro an Wert verlieren - sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das würde bei deutschen Sparern nicht gut ankommen.

Die Mutter aller Finanzkrisen

Gesamtwirtschaftlich muss man jedoch immer gegenrechnen, was uns der Euro kostet, wenn wir dabei bleiben. Derzeit ist das noch nicht so viel, da die Hilfskredite von den überschuldeten Ländern zurückzahlen sind. Nur rechnet kaum noch einer damit, dass dies in voller Höhe geschieht. Noch teurer wird es, wenn größere Länder auch nach Hilfe rufen. Dann werden die Milliarden, für die Deutschland womöglich einstehen muss, immer unvorstellbarer, die deutsche Staatsverschuldung wächst enorm. Und es würde auch für Deutschland immer teurer werden, sich zu verschulden. „Wenn die Zinsen um einen Prozentpunkt steigen, dann muss der deutsche Staat 18 Milliarden Euro mehr ausgeben, um sich zu refinanzieren“, sagt Kai Carstensen vom Ifo-Institut.

Um auszurechnen, dass sich das - zusammengenommen - irgendwann nicht mehr lohnt, muss man kein Mathematikgenie sein. Die Frage Euro oder D-Mark ließe sich ganz rational angehen, die Alternativen in Kosten und Nutzen bemessen - und danach entscheiden, ob sich die Währungsunion für Deutschland lohnt oder nicht. Wäre da nicht das große Aber: Was passiert kurzfristig, wenn Deutschland den Euro verlässt? Alle Szenarien, die dazu kursieren, haben eines gemeinsam: Es wird turbulent.

Da absehbar ist, dass eine neue D-Mark aufwertet und der Euro ohne Deutschland abwertet, käme es bei einer Wiedereinführung der D-Mark wohl zu einem Run auf die Vermögen, die im Euro-Ausland liegen. Griechen, Spanier, Iren würden versuchen, ihr Geld noch schnell nach Deutschland zu bringen. Um das zu verhindern, müsste man dort heftig eingreifen: die Banken schließen, den Kapitalverkehr beschränken, vielleicht sogar die Grenzen dicht machen. Barry Eichengreen spricht deshalb davon, dass ein Ende des Euro „die Mutter aller Finanzkrisen“ wäre.

Alles nur aus politischen Gründen

Ob es tatsächlich so wild kommen muss, ist ungewiss. Viele Währungsunionen der Vergangenheit haben sich aufgelöst, ohne dass die Finanzsysteme der Welt zusammengebrochen sind. Doch die Angst vor den wirtschaftlichen Folgen eines solchen Tumults ist groß - derzeit noch größer als die Angst davor, wie teuer der Euro noch werden könnte.

Dennoch glaubt der amerikanische Wirtschaftshistoriker Michael Bordo, dass es einen Punkt gibt, an dem Deutschland selbst dieses Risiko in Kauf nimmt: „Wenn eins der Kernländer des Euro in Not gerät, zum Beispiel Italien, könnte das die Deutschen dazu verleiten, die europäischen Verträge zu brechen.“

Dazu müssten aber noch politische Differenzen kommen. Denn eines haben Ökonomen aus ihrer - bisher noch recht dünnen - Forschung zu Währungsunionen gelernt, sagt Bordo: „Währungsunionen werden aus politischen Gründen gegründet, sie werden aus politischen Gründen fortgeführt und irgendwann enden sie aus politischen Gründen.“

Text: F.A.Z.
Bildmaterial: ddp, F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation
Ob Mietvertrag, Arbeitsvertrag, Kredit oder Autokauf: Mit einem rechtssicheren Profi-Vertrag schließen Sie Risiken im Voraus aus. Zahlreiche Musterverträge finden Sie unter vertraege.faz.net

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2010
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.